

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbüchern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich (mit Haus) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 090, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckverlag: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuformatierte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM / Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 27. Mai 1929

Nummer 120

Die „Rote Fahne“ unterdrückt!

Das Verbot der KPD wird angefündigt!

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel hat die „Rote Fahne“, die nach dem dreiwöchigen Verbot vom 2. bis 23. Mai eben wieder erschienen war, am 25. Mai von neuem auf die Dauer von vier Wochen unterdrückt. Die Begründung des Verbots ist nichts anderes als die ideologische Vorbereitung des Verbots der KPD.

Als wir am Sonnabend bei der Besprechung der Verlängerung der Existenz des Antikommunistengesetzes auf die Ausgewanderten bezogen, die entgegen der sozialdemokratischen Auslegung eine Ankündigung direkter Verbotsmassnahmen gegen die kommunistische Partei enthielten, hatte Jörgiebel den Beweis für diese unsere Behauptung fix und fertig ausgerechnet. Das Verbot der „Roten Fahne“ für abermals 4 Wochen war bereits festgelegt.

Was ist die Ursache für die ohne Beispiel dastehende Tatsache, daß das Zentralorgan der KPD, nach langer Verbotszeit wieder erschienen, sofort wieder auf die höchste gesetzlich zulässige Dauer am Erscheinen verhindert wird? Hören wir im Urheber des Verbots, hören wir Herrn Jörgiebel! In klarer Verbotsbegründung führt er zwei Zitate aus der „Rote Fahne“ vom 25. Mai an. In dem, dem Artikel „Die Wahrheit über den Berliner Blut-Mai“ entnommenen Zitat heißt es:

... Die Polizei wütete, schlug, spritzte aus Hydranten die Masse blies. Die Polizeikordons trieben die eingeschlossenen Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Bewallungsbühnen Kaskaden von irgendeinem Platz herunter, ritten in Herde in die Menge hinein — Minuten später stand die Straße von neuem, hielt von neuem die Straßensperre ...

Das ist ein nackter Tatsachenbericht. Für Herrn Jörgiebel aber ist es eine Begründung zum Verbot der „Rote Fahne“ auf 4 Wochen, weil er in diesen Ausführungen eine Verherrlichung des Widerstandes der Berliner Arbeiterpartei gegen die vom Polizeipräsidenten erlassenen Anordnungen wahrnimmt. Die Wahrheit soll nicht an den Tag, damit die sozialdemokratische Geschichtsschreibung aufrechterhalten bleibe, daß die Partei den Ruf der kommunistischen Partei zur Straßendemonstration am 1. Mai nicht gestoppt seien. Ah, Herr Jörgiebel hat die Legende des Schneiges daumel, um diese Legende zu zerlegen: Die Teilnehmer der Verhaftung von 2000 Proletariern am 1. Mai sind schuldlos, von der Wucht der revolutionären Mai-Demonstration, als alle Schilderungen es vermöchten.

Der Kritiker des Jörgiebel in dem von ihm angeführten Zitat die Charakterisierung der Polizeikordons? Ah, geht doch! Da haben nicht und antikommunistische Blätter noch ganz andere Zitate geschrieben. Sieh es doch in der Nummer 20 der „Weltbühne“ über den Mai-Mord:

... Nach schroffen Worten ging man schnell zu Prüfen und Schlägen über, von den Schlägen zu Schüssen. Als die Verhaftungen zu Ende waren, als sich große Menschenmengen in den Straßen häuften, da sah der Polizist endlich den Feind vor sich, und das weitere wickelte sich mit aller adressierten Präzision ab. Harmlose Passanten sind niedergeschlagen, niederschollen worden, hinter Flüchtenden wurden Salven abgefeuert, es ist in die Hausflure und die Fenster geknallt worden ...

Wütend und Delirium als höchste Beamteneigenschaft, ungeheure Hölle, die die lange Stase von der ungerechtfertigten Belästigung bis zum eisernen Mord durchlaufen ...

So schreibt nicht nur die „Weltbühne“, so äußert sich auch die kommunistische „Tagesbühne“, so steht es gar in der demokratischen „Frankfurter Zeitung“, so kann man es in ausländischen Weltblättern lesen, die bei der Bourgeoisie in hohem Ansehen stehen.

Aber die „Rote Fahne“ darf es nicht schreiben. Doch betrachten wir nun das zweite Zitat, das Jörgiebel zum Verbot der „Roten Fahne“ veranlaßte:

... Die kommunistische Partei, als Avantgarde der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, erklärt in aller Öffentlichkeit, daß die Jörgiebel-Morde vom 1. bis 3. Mai eine neue Etappe des Klassenkampfes einschleiten, in der die rückfällige Brutalität des Sozialfaschismus, der im Dienst des von der Geschichte zum Tode verurteilten kapitalistischen Systems handelt, auf die eiserne Enschlossenheit und Opferwilligkeit der Arbeiterklasse stoßen wird. Sie verkündet laut und offen, daß der gewalttätige Sturz des bürgerlichen Staates allein allen Schrecken des kapitalistischen Regimes, der Ausbeutung der Massenmassen und den Greueln des herannahenden imperialistischen Krieges ein Ende setzen kann.

Herr Jörgiebel scheut sich nicht, die nackte Wiederholung dieser schon millionenmal gesprochenen und gelesenen Worte zur Basis seines Vierwöchensverbots zu machen.

Und hier kommen wir nun zu den tieferen, den wirklichen Gründen des „Rote-Fahne“-Verbots. Am Schluß seines Verbots-Artefaktes erklärt Jörgiebel, daß

„die kommunistische Partei eine staatsfeindliche Organisation ist im Sinne des Paragraphen 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik,

weil es zu ihren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verhütung durch ungesetzhafte Mittel, nämlich durch Gewalt zu verhindern oder zu entkräften ... Die „Rote Fahne“ ... unterstützt das Streben der staatsfeindlichen Organisation, der KPD, durch die Tat. Hiernach sind die Voraussetzungen der Paragraphen 7 und 21 des Republik-schutzgesetzes erfüllt. Das Verbot ist somit gerechtfertigt.“

Das ist nicht mißverständlich. Die obigen Sätze Jörgiebels liefern bereits die ideologische Begründung für das Verbot der

Kommunistischen Partei. Die sozialdemokratischen Kettenhunde der Bourgeoisie fühlen ihre Zeit gekommen. Sie haben den Roten Frontkämpferbund verboten. Sie haben die „Rote Fahne“ verboten. Sie wollen jetzt die einzige Partei des Proletariats, die einzige Verfechterin der Arbeiterinteressen, gertrimmern.

Warum gerade jetzt?

Die letzten Monate standen im Zeichen des heftigen Vormarsches der kommunistischen Partei, der Eroberung eines Großbetriebes nach dem anderen durch die revolutionäre Opposition in den Industriemetropolen, des raschen, zahlenmäßigen Wachstums der kommunistischen Ortsgruppen und der sich neu belebenden Kampfkraft des Proletariats.

In einer Woche schon beginnt im Reichstag die Beratung des 10-Milliarden-Etats der Koalitionsregierung.

eines Etats, der für den militärischen Machtapparat des Kapitals nicht weniger als eine Milliarde RM vorsieht, in dem aber nur paar Millionen RM zur Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosenarmee eingestellt sind. Für die Erwerbslosenarmee, der von Sozialdemokraten Hilfeleistung zu gleicher Zeit eine fastliche Herabsetzung ihrer Unterflügung befehrt wird. Das soll die kommunistische Partei den Massen nicht sagen und deren Widerstand gegen diese Angriffe nicht organisieren dürfen. Man verbietet das Zentralorgan und bereitet die Parteianterdrückung vor, um zu verhindern, daß die kommunistische Partei den Kampf vorbereitet gegen die schon für die nächste Zeit geplante brotverteuernde Getreidezollerhöhung und die Erhöhung der

Zum Magdeburger Parteitag der SPD

Von G. Lang

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der gestern in Magdeburg zusammengetreten ist, ist von der größten Bedeutung für die Entwicklung des Reformismus in allen imperialistischen Ländern. In den Mittelpunkt des Parteitages stellen die Führer der SPD die Fragen des Wehrprogrammes. Im zehnten Jahre nach dem Abschluß des Versailler Vertrages hat Deutschland wiederum mit allen Kräften das Ringen um seine imperialistische Weltgeltung aufgenommen. In der Zeit gesteigerter Kriegsvorbereitungen des internationalen Kapitals gegen die Sowjetunion, da die deutsche Bourgeoisie nur in der Gefolgschaft der imperialistischen Mächte

ihren Anteil bei der Neuaufteilung der Welt erringen zu können hofft, hielt es die deutsche Bourgeoisie für zweckmäßig, ihre getreue Sozialdemokratie an die Spitze der Regierung zu stellen, damit sie vor den Massen die Verantwortung für die neuen Kriegsvorbereitungen und Kriegsvorbereitungen übernehme.

Der Beschluß, mit dem Bau einer Serie von Panzerkreuzern zu beginnen, war die erste markante Regierungsstat der im Mai 1928 gebildeten Koalitionsregierung. Der gewaltige Widerstand, der sich gegen diesen Beschluß aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter erhob, veranlaßte die Führer des deutschen Reformismus nicht etwa, der kriegsfeindlichen Stimmung der Arbeitererschaft irgendwelche Konzessionen zu machen, sondern sie beschleunigten zunächst den Sturm durch einige parlamentarische Manöverchen (die SPD-Fraktion im Reichstag stimmte gegen den Panzerkreuzerbau, nachdem die bürgerliche Mehrheit für den Beschluß gestimmt war) und gingen dann konsequent daran, die Partei formell für die sozialimperialistische Politik der Kriegsvorbereitungen festzulegen. Das ist der Sinn des Beschlusses, dem Magdeburger Parteitag ein Wehrprogramm der Sozialdemokratie vorzulegen.

Für die sozialimperialistischen Führer, die seit 1914 mit beiden Beinen im Lager der imperialistischen Bourgeoisie stehen, gibt es natürlich kein Wehrproblem. Da sie mit dem kapitalistischen System und dem imperialistischen Staat vollkommen solidarisieren sind, müssen sie auch die Machtmittel dieses bürgerlichen Staates bejahen. Da sie an den pazifistischen Schwindeln, den sie ihren Anhängern jahrelang vorlesen, selbst nicht glauben, haben sie, genau so wie die anderen bürgerlichen Parteien, nur das Ziel im Auge, die deutsche Wehrmacht möglichst schlagkräftig für die kommenden imperialistischen Auseinandersetzungen zu machen.

Das ist der klare Sinn der Richtlinien zur Wehrpolitik, die die von Parteivorstand eingesezte Kommission unter dem Vorsitz von Dittmann ausgearbeitet hat. Dieses Wehrprogramm enthält das klare Bekenntnis, daß die deutsche Republik „genötigt“ sei, „zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes eine Wehrmacht aufrechtzuerhalten“. Als besondere Aufgabe der Sozialdemokratie erscheint dabei, nur dafür zu sorgen, daß die Wehrmacht „in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist“. Alle Forderungen, die in diesem Wehrprogramm zur Reform der Reichswehr erhoben werden, lauten nur darauf hinaus, dieses Instrument des Imperialismus und der kapitalistischen Reaktion, das bei der gesamten Arbeitererschaft noch auf Grund der Erfahrungen aus der Rote-Zeit und des Reichswehr-Einmarsches in Sachsen von 1923 tief verhaßt ist, bei den Arbeitern etwas populärer zu machen.

Dieses offene Bekenntnis zum Sozialimperialismus

wurde jedoch in der großen Mehrheit der Parteimitglieder abgelehnt. Es ist bezeichnend, daß nicht nur in den Bezirken mit einer „linken“ Tradition, in Sachsen und Thüringen, sondern auch in einer Reihe solcher Bezirke, in denen es früher keine Parteioption gab, das Programm des Sozialimperialismus auf heftigen Widerstand stieß. In dieser

Drei Zitate, die Hände sprechen Faschistische Diktatur, das Alleinrecht der SPD! Partei-Verbot wird auf SPD-Parteitag vorbereitet

Der Dresdner Anzeiger vom 27. Mai berichtet:
Ueber den SPD-Parteitag: Ueber die „Putschisten“:
Der Redner setzt sich dann mit den Diktaturbestrebungen auseinander und betont,
das Recht der Diktatur falle der Sozialdemokratie, niemand anderem zu.

Der Redner erinnert dann an die Vorgänge vom 1. Mai. Die SPD lehne jede Schuld an den Blutopfern dieses Tages ab.
Nach der schweren kommunistischen Niederlage ist jetzt die Parole ausgegeben worden, am 1. August, dem Antikriegstage, die proletarische Revolution weiter zu treiben unter Anwendung der am 1. Mai gesammelten Erfahrungen. Das sei Aufforderung zu einem Putsch.

Und über nationalsozialistische Waffensunde in Nonpareilzeile!
Dem sozialistischen Volkstanz zufolge wurden in der Ortschaft Celle (Kreis Wallenbittel) bei Hausbuchungen Waffen gefunden. Dem Blatte zufolge handelt es sich bei den Inhabern um Mitglieder der nationalsozialistischen Partei.

Auf dem SPD-Parteitag wurde darüber nicht gesprochen!